

N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Mittwoch, dem 19. Juli 2006, 18.00 Uhr bis 19.40 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

- Anwesenheit:**
- CDU: **Herr Köckert**, Herr Adam, Frau Braun, Frau Leutheuser, Herr Lindig, Herr Meyer, Herr Dr. Oefner, Herr Ruhkamp, Herr Dr. Sinn (ab 18:25 Uhr), Herr Straßburg, Herr Suck
- DIE.LINKE.PDS: **Frau May**, Herr Bauer, Frau Duft, Herr Schenke, Herr Tikwe, H., Herr Voß (ab 18:25 Uhr), Frau Werner, Frau Wolf
- SPD: **Frau Stein**, Herr Gentzel, Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk, Herr Tikwe, T., Frau Winter (bis 19:00 Uhr)
- Bündnis 90/
Die Grünen: **Frau Rexrodt**, Frau Päsler, Herr Schweßinger
- BfE: **Herr Gottstein**, Frau Apel, Herr Rabe
- EA: **Herr Hofmann**, Frau Fischer

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Doht
Bürgermeister, Herr Nielsen
Dezernentin, Frau Lieske

Büroleiter, Herr Hartlep
Pressestelle, Herr Wuggazer
Amtsleiter Haupt- und Organisationsamt, Herr Strathmann
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Stellv. Amtsleiterin Finanzverwaltung, Frau Seibicke
Mitarbeiter Finanzverwaltung, Herr Hoffmann
Amtsleiter Kulturamt, Herr Lorenz
Amtsleiterin Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaft,
Frau Menge
Amtsleiter Tiefbauamt, Herr Matthes
Werkleiter Stadtwerke, Herr Benick
Stellv. Werkleiterin, Frau Menz

entschuldigt: Frau Mereuta – CDU-Fraktion
Frau Müller – CDU-Fraktion
Herr Pechstädt – DIE LINKE.PDS-Fraktion

Gäste: Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger
Frau May, sachkundige Bürgerin

Presse
Mitarbeiter des Landestheaters Eisenach
Bürger

Schriftführer: Frau Steffan
Frau Seelig

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, eröffnet die 23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 31 Stadtratsmitglieder anwesend und 3 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, verweist auf die ergänzte Tagesordnung, die am 07.07.2006 zugesendet wurde. Die Einladung zum Tagesordnungspunkt 19 – Bestellung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Aufsichtsrates der Eisenach-Wartburgregion Touristik GmbH - erfolgte gemäß § 35 Abs. 2 ThürKO wegen Dringlichkeit unter Verkürzung der Ladungsfrist. Die Beschlussvorlage wurde am 12.07.2006 im Haupt- und Finanzausschuss beraten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmung über die Dringlichkeit und somit die Behandlung der Vorlage als Tagesordnungspunkt 19:

32 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Des Weiteren verweist der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, auf die vorlegte Dringlichkeitsvorlage - Grundsatzbeschluss zur Landestheater Eisenach GmbH.

Die Dezernentin, Frau Lieske, begründet die Dringlichkeit der Beschlussvorlage.

Abstimmung über die Dringlichkeit und somit die Behandlung der Vorlage als Tagesordnungspunkt 20:

32 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, schlägt vor, dass dieser Tagesordnungspunkt im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 3 behandelt wird.

Hierüber herrscht bei den Stadtratsmitgliedern Einvernehmen.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, informiert des Weiteren, dass der Oberbürgermeister den Tagesordnungspunkt 12 - Bebauungsplanverfahren der Stadt

Eisenach Nr. 6.1 „Tor zur Stadt“, Städtebaulicher Vertrag zur Erstellung eines Bebauungsplanes zwischen der Stadt Eisenach und der Heinrich Becker GmbH Umweltschutz – Industrieservice – zurückzieht. DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion zieht den Tagesordnungspunkt 16 – Antrag zur Bereitstellung einer angemessenen Räumlichkeit für den Ausländerbeirat – von der Tagesordnung zurück.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, stellt fest, da es keine weiteren Einwände oder Ergänzungen zur Tagesordnung gibt, dass die geänderte Tagesordnung gilt.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde wurde keine Frage eingereicht.

Nr. 3 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, weist darauf hin, dass Folgendes in schriftlicher Form vorliegt:

- Berichtsvorlage – Gutachten: Der Einzelhandel und das Ladenhandwerk in der Stadt Eisenach
- Berichtsvorlage - Kommunale Personennahverkehrsgesellschaft Eisenach mbH (KVG) -Tarifänderung zum 01.09.2006
- Berichtsvorlage – BImSch-Genehmigungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung für die „Errichtung und den Betrieb einer Abfallverbrennungsanlage zur thermischen Nutzung von Ersatzbrennstoffen und Restabfall“ in Heringen (Werra)

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, erklärt, dass die Berichtsvorlage bezüglich der Abfallverbrennungsanlage in Heringen in Ergänzung zum Antrag der EA-Stadtratsfraktion mit detaillierten Erläuterungen zum BImSch-Genehmigungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgt. Des Weiteren teilt der Oberbürgermeister, Herr Doht, mit, dass in Auswertung der Haupt- und Finanzausschusssitzung ein Schreiben mit Datum vom 17.07.2006 an den Regierungspräsidenten in Kassel, mit der Aufforderung die Stadt Eisenach an dem Verfahren zu beteiligen, ergangen ist.

Weiterhin informiert der Oberbürgermeister, Herr Doht, zum einen hinsichtlich der Berichtsvorlage zur KVG, dass es eine Preiserhöhung von derzeit 1,00 € auf 1,10 € geben wird und zum anderen, dass der Kulturkalender ab September 2006 eingestellt wird. Die Herausgabe des Kulturkalenders gehört zu den freiwilligen Aufgaben, die aufgrund des hohen Defizits im Haushalt und der damit verbundenen Haushaltssperre nicht mehr geleistet werden können. Das Defizit ist vor allem auf die erhöhten Ausgaben für Unterkunft im Rahmen von Hartz IV sowie Rückforderungen des Bundes zurückzuführen. Die Veranstaltungstermine werden im Internet unter www.eisenach.de sowie durch die örtliche Presse weiterhin bekanntgegeben, erklärt der Oberbürgermeister, Herr Doht.

Nr. 20 der TO: Dringlichkeitsvorlage – Grundsatzbeschluss zur Landestheater Eisenach GmbH

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, begründet die Beschlussvorlage. Dabei macht der Oberbürgermeister, Herr Doht deutlich, dass dieser Beschluss ein deutliches Zeichen

des Stadtrates darstellen soll, dass man sich zum Theater, zum Theaterstandort und zum Bestand einer Beispielstätte bekennt. Dies ist notwendig, da das Land seine Zuschüsse ab dem Jahr 2009 von 4,19 Millionen Euro auf 1,5 Millionen Euro kürzen will. Damit ist der Bestand des Eisenacher Theaters massiv gefährdet, macht der Oberbürgermeister, Herr Doht, deutlich.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, spricht sich vehement für die Erhaltung des Theaters aus. Dabei zeigt sie ihre Empörung und Entrüstung, dass ausgerechnet der Kultusminister, der die Kultur fördern soll, mit diesen Maßnahmen die Kultur sterben lässt. In diesem Zusammenhang verweist Frau Fischer auf die Verschwendung von 20 Mio. € durch den Bund für den Besuch des amerikanischen Präsidenten, Herrn Bush. Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, vertritt die Auffassung, dass wer kämpft auch gewinnen kann. Dies sollte auch der Bevölkerung vermittelt werden. Sie kündigt einen Brief zur Verschwendung von 20 Mio. € an die Bundeskanzlerin Frau Merkel an.

Der Stadtrat beschließt:

1. **Der Stadtrat der Stadt Eisenach verurteilt die konzeptionslose, angekündigte Kürzung des Theaterzuschusses durch den Freistaat Thüringen auf das Schärfste.**
2. **Der Stadtrat der Stadt Eisenach bekennt sich mit aller Deutlichkeit zur Weiterführung des Landestheaters.**
3. **Der Oberbürgermeister der Stadt Eisenach wird beauftragt, sich mit aller Entschiedenheit für den Erhalt des Theaters einzusetzen und mit dem Kultusminister, Herrn Prof. Dr. Goebel, in Verhandlungsgespräche zu treten.**

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0381/2006

**Nr. 4 der TO: Bild- und Tonaufnahme der Stadtratssitzung zur Übertragung
 im Werratal TV
 hier: Einwilligung gem. § 5 Abs. 3 Geschäftsordnung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

Der Stadtrat stimmt der Bild- und Tonaufzeichnung der Stadtratssitzungen durch die Werratal-TV GmbH im Rahmen der Regelungen des § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung zu.

Das Recht jedes einzelnen Stadtratsmitgliedes, eine Aussetzung der Bild- und Tonaufzeichnung während seines Redebeitrages zu verlangen, bleibt unberührt. Das entsprechende Verlangen ist dem Stadtratsvorsitzenden mündlich oder schriftlich mitzuteilen.

Abstimmung: **34 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0382/2006

Nr. 5 der TO: **Änderung der Besetzung des Bau-, Verkehrs- und
 Umweltausschusses**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:
Das Stadtratsmitglied, Frau Christiane Winter, wird Mitglied im Bau-, Verkehr- und Umweltausschuss:

Abstimmung: **33 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0383/2006

Nr. 6 der TO: **Änderung der Besetzung des Aufsichtsrates der Landestheater
 Eisenach GmbH**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:
Als Nachfolger für Herrn Torsten Tikwe wird Frau Christiane Winter zum Aufsichtsratsmitglied der Landestheater Eisenach GmbH bestellt.

Abstimmung: **33 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0384/2006

Nr. 7 der TO: **Änderung der Gesellschafterstruktur der Tourismus Eisenach
 GmbH (TEG)
 hier: Änderung der Finanzierungsvereinbarung mit dem
 Wartburgkreis**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

Der Ergänzung der Finanzierungsvereinbarung in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung wird zugestimmt.

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0385/2006

Nr. 8 der TO: Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Kommunalen Personennahverkehrsgesellschaft Eisenach mbH

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

die Bestellung des Herrn Peter Gottstein als Stellvertreter des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden als Vertreter der Stadt Eisenach im Aufsichtsrat der Kommunalen Personennahverkehrsgesellschaft Eisenach mbH für die Dauer der laufenden kommunalen Wahlperiode.

**Abstimmung: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0386/2006

Nr. 9 der TO: Bestellung eines Verbandsrates und eines stellvertretenden Verbandsrates für die Verbandsversammlung des Trink- und Abwasser Verbandes Eisenach-Erbstromtal

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Herr Torsten Tikwe wird zum Verbandsrat des Trink- und Abwasser Verbandes Eisenach-Erbstromtal bestellt.**
- 2. Herr Meinhard Golm wird zum stellvertretenden Verbandsrat des Trink- und Abwasser Verbandes Eisenach-Erbstromtal bestellt.**

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0387/2006

Nr. 10 der TO: Überplanmäßige Ausgaben im Unterabschnitt 47100, Gruppierungsnummern 718103 bis 718109 in Höhe von 631.600,00 €

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

Überplanmäßige Ausgaben in den nachfolgend aufgeführten Haushaltsstellen in einer Gesamthöhe von 631.600,00 €:

47100.718103	Personalkostenzuschuss konf. Kitas	235.400,00 €
47100.718104	Personalkostenzuschuss DRK	141.600,00 €
47100.718105	Personalkostenzuschuss AWO	57.400,00 €
47100.718106	Personalkostenzuschuss Waldorf-Kita	85.000,00 €
47100.718107	Personalkostenzuschuss Behindertenverb.	36.000,00 €
47100.718108	Personalkostenzuschuss THEPRA	31.200,00 €
47100.718109	Personalkostenzuschuss ASB	45.000,00 €

Die Deckung dieser Ausgaben erfolgt in den bereits eingerichteten Haushaltsstellen

47100.17110	Zuweisungen vom Land (Kita)	561.400,00 €
47100.17120	Zuweisungen vom Land (Krippe)	59.400,00 €
47100.17130	Zuweisungen vom Land (Hort)	10.800,00 €

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0388/2006

Nr. 11 der TO: Außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 180.000,00 € für die Gestaltung der Landesausstellung in der Predigerkirche

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 180.000,00 € in der Haushaltsstelle 32100.93500 für die Gestaltung der Landesausstellung in der Predigerkirche.

Die Deckung erfolgt aus folgender Haushaltsstelle:

32100.36100 – Landeszuweisung zur Neugestaltung/ Erweiterung des Thüringer Museums Eisenach (Predigerkirche) zur Durchführung der Teilausstellung zur LA 2007 (vorbehaltlich Erteilung Bewilligungsbescheid)

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
5 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0389/2006

**Nr. 12 der TO: Bebauungsplanverfahren der Stadt Eisenach Nr. 6.1
 „Tor zur Stadt“
 Städtebaulicher Vertrag zur Erstellung eines Bebauungsplanes
 zwischen der Stadt Eisenach und der Heinrich Becker GmbH
 Umweltschutz – Industrieservice**

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

**Nr. 13 der TO: 1. Änderungssatzung zur Satzung über das Erheben von
 Erschließungsbeiträgen der Stadt Eisenach
 (Erschließungsbeitragssatzung – EBS -)
 hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat beschließt:
 die 1. Änderungssatzung zur Satzung über das Erheben von Erschließungs-
 beiträgen der Stadt Eisenach (Erschließungsbeitragssatzung – EBS -) vom
 13.03.2000.**

**Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0390/2006

**Nr. 14 der TO: Mehrausgaben für die Beschaffung von Kommunaltechnik für
 die Stadtwerke Eisenach 2006**

Der Werkausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat beschließt:
 über die erforderlichen Mehrausgaben zur Beschaffung von Kommunaltechnik für
 das Jahr 2006 in folgender Form:**

**Im Investitionsplan zum Vermögensplan 2006, im Teilplan Betriebs- und
 Geschäftsausstattung, wird nachfolgendes festgesetzt:**

		Angaben in Euro	
Lfd. Nr.	Bereich	Plan 2006 alter Ansatz	Plan 2006 neuer Ansatz
4.2	sonst. Ausstattung	29.100,00	306.000,00
Summe Betriebs- und Geschäftsausstattung		139.100,00	416.000,00

Damit sind die erforderlichen Mehrausgaben in Höhe von 276.900,00 Euro beschlossen.

Diese Veränderungen sind im Nachtragshaushaltsplan der Stadt Eisenach für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt zu berücksichtigen:

Vermögensplan für das Wirtschaftsjahr 2006 (Stadtwerke Eisenach)

Ausgaben (Mittelverwendung)

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Plan 2006 alter Ansatz	Plan 2006 neuer Ansatz
1.	Sachanlagen und Immaterielle Werte	139.100,00	416.000,00
	Betriebs- und Geschäftsausstattung	139.100,00	416.000,00
	Ausgaben/Verpflichtungsermächtigungen des Vermögensplanes insgesamt	238.000,00	514.900,00

Einnahmen (Mittelherkunft)

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Plan 2006 alter Ansatz	Plan 2006 neuer Ansatz
5.	Finanzmittelbestand	364.100,00	641.000,00
	Einnahmen des Vermögensplanes insgesamt	238.000,00	514.900,00

Abstimmung: 34 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0391/2006

**Nr. 15 der TO: Jahresabschluss 2004 des Eigenbetriebes Stadtwerke
Eisenach
hier: Einbringung**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, verweist auf das ausgereichte Austauschblatt.

Der Werkausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat nimmt den Prüfbericht zum Jahresabschluss 2004 des Eigenbetriebes „Stadtwerke Eisenach“ und den Lagebericht der Werkleitung zur Kenntnis und verweist sie in den Rechnungsprüfungsausschuss, den Werkausschuss und den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: **34 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0392/2006

Nr. 16 der TO: **Antrag der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion – Bereitstellung einer angemessenen Räumlichkeit für den Ausländerbeirat**

Der Antrag wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 17 der TO: **Antrag der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion – Ergänzung des Einzelhandelsgutachten „Markt- und Standortanalyse für den Einzelhandel in Eisenach“**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, verweist auf den ausgereichten Änderungsantrag des Oberbürgermeisters.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, weist auf den Antrag zum Thema in der letzten Stadtratssitzung hin und erklärt, dass ihre Fraktion damals die Gründe für eine Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus nicht nachvollziehen konnte, aber trotzdem zugestimmt wurde, damit überhaupt etwas geschieht. Der heute vorliegende Antrag ist nach Aussage der Fraktionsvorsitzenden durch zwei Ausschüsse gegangen, in denen der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, nichts unversucht lies, diesem Antrag seinen Stempel aufzudrücken. Zum ursprünglichen Auftrag an die GMA gesellen sich, so Frau Rexrodt, drei weitere Aufträge. Des Weiteren verliert sie die entsprechenden Punkte. Des Weiteren wurde im Haupt- und Finanzausschuss festgelegt, dass Media-Saturn zu allem Überfluss nun auch noch einen verträglichen Branchenmix bezogen auf das Handelssortiment in der Bahnhofstraße untersuchen soll. Die Fraktionsvorsitzenden, Frau Rexrodt, ist empört darüber, dass es nicht genug ist, dass Standorte geprüft werden sollten, die nachweislich und definitiv vom Investor abgelehnt werden, sondern der Investor soll jetzt auch noch für ein anderes Unternehmen, nämlich die Firma Becker, die mit 9 Mio. € öffentlicher Fördermittel bedient wird, auf eigene Kosten herausfinden, was für diesen am Besten wäre. Dann könnte es ja auch Forderungen geben aus ihrer Sicht, alle möglichen anderen Standorte zu untersuchen. Frau Rexrodt glaubt nicht, dass Investoren in dieser Größenordnung diesen Wünschen, die obendrein für sie sehr durchsichtig sind, nachkommen. Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen, Frau Rexrodt, macht deutlich, dass damit nun wirklich etwas geschieht, ihre Fraktion den Punkten 1a bis 1c und dem Punkt 3 zustimmen wird. Des Weiteren beantragt Frau Rexrodt, den Punkt 2 ersatzlos zu streichen. Der Vollständigkeit halber beantragt Frau Rexrodt des Weiteren den Beschlusstext unter dem Punkt 1 in einer Kleinigkeit zu ändern, es sollte für qm das Zeichen m² verwendet werden.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, macht deutlich, dass der Änderungsantrag vom Oberbürgermeister vorgelegt wurde und nicht von ihm. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus wurde ausführlich beraten und ein Ergebnis erzielt. Dieses Ergebnis beinhaltet auch die Untersuchung des

Branchenmixes in der Bahnhofstraße. Der Fraktionsvorsitzende, Herr Köckert, sieht die Notwendigkeit, im Ergebnis des Gutachtens zur Karl-Marx-Straße/Clemdastraße, das Handelssortiment in der Bahnhofstraße nochmals abzuprüfen und abzuklären, was momentan nur in Form eines Negativkataloges vorliegt. Des Weiteren gibt der Fraktionsvorsitzende, Herr Köckert, zu, dass es unbillig ist, den Investor damit zu behängen. Er kann aber damit leben, wenn Media-Saturn bzw. die TUPAG nicht beauftragt wird, obwohl es sicher schön gewesen wäre, weil es notwendig ist. Des Weiteren stellt sich der Fraktionsvorsitzende, Herr Köckert, die Frage, wie man zu einer Lösung in der Bahnhofstraße kommt. Für Herr Köckert ist klar, dass die Stadt zu Ergebnissen kommen muss und dass mit möglichst wenig städtischem Geld. Dem Antrag von Frau Rexrodt kann der Fraktionsvorsitzende, Herr Köckert, folgen. Ansonsten bittet der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, den Oberbürgermeister in einer der nächsten Sitzungen seine Gedanken zur Planung und Belegung der Bahnhofstraße vorzulegen. Momentan hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Köckert, den Eindruck von Stagnation. Abschließend weist Herr Köckert darauf hin, dass an die Firma Becker nur die Fördermittel vom Land ausgereicht wurden, die auch tatsächlich verarbeitet werden.

Die Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktion DIE.LINKE.PDS, Frau May, weist jetzt schon, was beim Gutachten herauskommt, wenn Media-Saturn das Gutachten bezahlt. Sie glaubt nicht, dass Media-Saturn ein erweitertes Gutachten erstellen wird. Die Kernfrage für die Fraktionsvorsitzende, Frau May, ist, will man den Media-Markt in Eisenach oder will man ihn nicht. Wenn man ihn haben will, ist die nächste Frage für sie, wo soll der Markt hin. Nach Informationen von Frau May hat Media-Markt schon bekundet, dass in Eisenach kein anderer Standort in Frage kommt als das Gelände, was ihnen bereits bei OBI gehört. Die Fraktionsvorsitzende, Frau May, würde interessieren, warum die CDU bei dieser Ansiedlung solche Schlangenlinien fährt, obwohl sie das mit den Großmärkten zu Beginn so richtig in Szene gesetzt hat. Frau May weist weiterhin darauf hin, dass gesagt wurde, es werden 50 Arbeitsplätze geschaffen. Sie glaubt nicht, dass Media-Saturn in den PEP geht. Die Fraktionsvorsitzende, Frau May, fragt, ob der Oberbürgermeister in der Zwischenzeit mit der Media-Saturn-Gruppe ein Gespräch geführt hat. Abschließend bittet sie zu bedenken, dass wenn der Markt gebaut wird, auch für diese Stelle die Entscheidung fallen könnte. Das Gutachten ist für Frau May ein Drücken vor der Entscheidung.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, macht deutlich, dass das Handelsnetzgutachten von der Stadt Eisenach in Auftrag gegeben wird und die Media-Saturn-Gruppe das Gutachten bezahlt. Für sie wird also Media-Saturn kein Gefälligkeitsgutachten erwarten können. In diesem Zusammenhang weist Frau Rexrodt auch nochmals darauf hin, dass in Stregda keine grüne Wiese mehr ist und schon alles bebaut ist. Bei der Fläche handelte es sich um eine Mülldeponie, die die TUPAG auf eigene Kosten dekontaminiert hat, mit der Option Lidl und OPI. Selbstverständlich ist man gegen Großmärkte auf der grünen Wiese. Frau Rexrodt gibt Frau May darin Recht, dass, wenn man dort oben Landschaft gewollt hätte, man schon 1990 oder 1995 einen anderen B-Plan hätte auflegen müssen. Nach Meinung der Fraktionsvorsitzenden, Frau Rexrodt, muss man sich entscheiden, will man 50 Arbeitsplätze und 8 Ausbildungsplätze sowie die Steuern für die Stadt. Grüne Wiese wird dort oben sowieso nicht mehr sein.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, erklärt mit Blick auf Frau May, dass sie übersieht, dass die Einzelhandelsverkaufsfläche von Eisenach höher

ist als in den alten Bundesländern. Die Kaufkraft ist aber niedriger. Nach Aussage des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion liegen diese Ergebnisse vor. Herr Köckert versteht diesen Ausbruch gegen die CDU nicht, weil die Stadt nur teilweise für die Größe dieser Einzelhandelsverkaufsflächen verantwortlich ist. Der PEP-Markt in Hötzelsroda wurde von der selbständigen Gemeinde Hötzelsroda initiiert und von der Stadt Eisenach damals abgelehnt. In diesem Zusammenhang weist Herr Köckert darauf hin, dass Herr Doht damals noch Baudezernent war und von der Stadt vehement dagegen gekämpft wurde, weil man genau wußte, dass die Stadt Eisenach selbst am näheren peripheren Rand noch einen Markt oder zwei Märkte bekommt. Des Weiteren weist Herr Köckert darauf hin, dass es 1995/96 überhaupt noch keinen B-Plan für die Stregdaer Allee bei OBI gab. Dieser B-Plan ist erst im Jahr 2000 gekommen und war speziell für die Ansiedlung von OBI gedacht und damals schon hat das Landesverwaltungsamt deutlich gesagt, dass es nur diese Verkaufsfläche in der Größe genehmigt. Nach Meinung von Herrn Köckert wird in der dilettantischen Diskussion eines übersehen, nämlich das die Stadt Eisenach nicht diejenige ist, die hier etwas behindern will. Die Stadt Eisenach will natürlich Media-Saturn hier haben, aber es gibt das Landesverwaltungsamt, welches eindeutig gesagt hat, mehr Einzelhandelsverkaufsfläche in der Stadt Eisenach gibt es nicht. Der Fraktionsvorsitzende, Herr Köckert, findet, man benötigt Argumente dafür, diesen Media-Saturn-Markt hier anzusiedeln, gegebenenfalls auf einem neuen Areal. Herr Köckert weist darauf hin, dass das Argument Arbeitsplätze bei der Raumplanung nicht zieht. Er ist überzeugt, dass diese Argumente nur durch ein entsprechendes Gutachten beigebracht werden können und dazu sollte Media-Saturn das Geld nicht zu schade sein. Für ihn ist es nicht das Drücken vor der Verantwortung, wenn man sagt, gebt dieses Gutachten her, denn die Stadt Eisenach wird am Schluss den Antrag gemeinsam mit dem Investor stellen müssen, um diese entsprechende Einzelhandelsverkaufsfläche noch einzurichten. Herr Köckert ist der Auffassung, dass man jammern kann, dass die Fläche dort oben so versiegelt ist, aber es wäre OBI unbenommen gewesen, den Lidl-Markt näher an die OBI-Verkaufsfläche heranzurücken. Für ihn ist klar, dass da oben entweder Parkplätze oder der Media-Markt entsteht. Der Media-Markt entsteht aber nur, wenn die Stadt Eisenach die Genehmigung vom Landesverwaltungsamt bekommt und dazu braucht man Argumente und die soll das Gutachten liefern.

Der Bürgermeister, Herr Nielsen, versteht die Aufgeregtheiten von Frau Rexrodt wirklich nicht und unterstützt die Aussagen von Herrn Köckert. Die Verantwortlichkeiten müssen geprüft werden. Der Bürgermeister, Herr Nielsen, betont, dass man natürlich mehr Verkaufsfläche möchte im Sinne der Dinge, dass man mehr Umsatz haben möchte. Aus seiner Sicht sollen aber auch die Innenstadthändler geschützt werden bzw. das Gesamtgefüge darf nicht aus dem Gleichgewicht gebracht werden. Dazu verweist er auf die GMA-Studie, die dazu einiges ausgeführt hat. Gänzlich falsch ist, ständig diese Angst zu schüren, dass, wenn Media-Markt nicht an diesen Standort geht, er dann weg ist. Hier bittet er Frau Rexrodt um Zurückhaltung. In diesem Zusammenhang weist er auf die gleiche Diskussion zu diesem Thema in Weimar hin und fordert Frau Rexrodt auf, sich doch einmal mit dem Oberbürgermeister von Weimar zu unterhalten. Der Oberbürgermeister wird nach Aussage des Bürgermeisters, Herrn Nielsen, bestätigen, dass die Ansiedlung in der Innenstadt positive Auswirkungen für die Innenstadt von Weimar hat. Dies gilt es für die Stadt Eisenach auch mit zu prüfen.

Das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, weist darauf hin, dass ein Teil der Gewerbetreibenden in Eisenach daran interessiert ist, den Media-Markt in der Innenstadt zu haben, weil sie mit recht bedenken, dass, wenn ein solcher Markt in der Innenstadt

Kunden anzieht, diese Kunden auch andere Geschäfte in der Innenstadt besuchen. Dies kann dem Gedeihen der Stadt Eisenach nur nützlich sein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Abstimmung über folgenden Änderungsantrag der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion:

Der Stadtrat beschließt:

1. Dass der GMA (Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH) der Auftrag erteilt wird, das von der GMA im Mai 2006 erstellte Einzelhandelsgutachten „Markt- und Standortanalyse für den Einzelhandel in Eisenach“ zu ergänzen. Zielsetzung ist, die Auswirkungen der Ansiedlung eines Elektrofachmarktes (Media-Markt) mit ca. 3.000 m² Verkaufsfläche, insgesamt 4.500 m² Bruttogeschossfläche an den Standorten
 - a) Mühlhäuser Chaussee (zwischen OBI und LIDL) im Bereich des B-Planes Nr. 40 in Eisenach-Stregda
 - b) Bahnhofsvorplatz, und zwar zwischen Bahnhof, Nikolaitor und Waldhausstraße im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 6.1 „Tor zur Stadt“ und
 - c) PEP Hötzelroda im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 1 HZ (Gewerbe- und Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel)
 alternativ auf den vorhandenen und geplanten Einzelhandelsbesatz in Eisenach zu beurteilen und zu bewerten. Standortvor- und -nachteile sind hierbei gesondert zu berücksichtigen.
3. Die Ergänzung des Gutachtens zu 1. wird nur ausgelöst, wenn die TUPAG Holding AG (Mühlhausen) bzw. die Media-Saturn-Gruppe die Kostenübernahme gegenüber der Stadt Eisenach verbindlich zusagt.

Abstimmung: 22 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 6 Stimmenthaltungen

Der Stadtrat beschließt:

1. **Dass der GMA (Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH) der Auftrag erteilt wird, das von der GMA im Mai 2006 erstellte Einzelhandelsgutachten „Markt- und Standortanalyse für den Einzelhandel in Eisenach“ zu ergänzen. Zielsetzung ist, die Auswirkungen der Ansiedlung eines Elektrofachmarktes (Media-Markt) mit ca. 3.000 m² Verkaufsfläche, insgesamt 4.500 m² Bruttogeschossfläche an den Standorten**
 - a) Mühlhäuser Chaussee (zwischen OBI und LIDL) im Bereich des B-Planes Nr. 40 in Eisenach-Stregda**
 - b) Bahnhofsvorplatz, und zwar zwischen Bahnhof, Nikolaitor und Waldhausstraße im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 6.1 „Tor zur Stadt“ und**
 - c) PEP Hötzelroda im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 1 HZ (Gewerbe- und Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel)**
 alternativ auf den vorhandenen und geplanten Einzelhandelsbesatz in Eisenach zu beurteilen und zu bewerten. Standortvor- und -nachteile sind hierbei gesondert zu berücksichtigen.

- 2. Die Ergänzung des Gutachtens zu 1. wird nur ausgelöst, wenn die TUPAG Holding AG (Mühlhausen) bzw. die Media-Saturn-Gruppe die Kostenübernahme gegenüber der Stadt Eisenach verbindlich zusagt.**

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 4 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0393/2006

Nr. 18 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Verhinderung der Müllverbrennungsanlage in Heringen

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, verweist auf die heute ausgereichte geänderte Fassung des Antrages.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, begründet den Antrag.

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, erklärt, dass er glaublich sehr deutlich gemacht hat, dass Herr Hofmann in ihm einen Verbündeten hat, in allen Fragen, wenn es darum geht, die Stadt Eisenach vor Schaden zu bewahren. Dies ist auch der Fall, wenn es um nachhaltige Zukunftsentwicklung geht, die umweltgerecht und umweltschutzgerecht ist. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, vertritt die Auffassung, dass man bei einer qualifizierten Wortmeldung zum Thema keine Grundsatzdiskussion Pro oder Contra Müllverbrennung, über technische Verfahren und über Umweltschutz allgemein führen kann. Des Weiteren macht der Oberbürgermeister, Herr Doht, deutlich, dass Konsens darin besteht, dass die Stadt Eisenach am Verfahren beim Regierungspräsidium in Kassel beteiligt werden will. Man sollte ebenfalls gemeinsam schauen, dass keine Beeinträchtigungen der Stadt Eisenach durch die dortigen Baumaßnahmen zu erwarten sind. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, weist darauf hin, dass man in einem Rechtsstaat den politischen Willen auch immer den Schablonen der Formalien und der Gesetze anpassen muss. Den Absatz 3 hält der Oberbürgermeister, Herr Doht, für nutzlos, weil der Bürger nicht weiß, wo er die Einwendungen hinschicken soll oder erheben soll. Wenn die Einwendungen nach Kassel geschickt werden, muss dazu gesagt werden, dass das Regierungspräsidium diese nicht lesen muss. Für ihn stellt sich deshalb die Frage, ob dies Sinn macht. Nach Meinung des Oberbürgermeisters, Herrn Doht, sollte nicht unnützlich Papier erzeugt werden, wenn man eine nachhaltige Umweltentwicklung will. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, glaubt, dass man mit dem Stadtratsbeschluss der heute gefasst werden soll, das politische Bekenntnis vorhanden ist und dies ist auch das Machbare. Aus diesem Grunde empfiehlt der Oberbürgermeister, Herr Doht, dass der dritte Absatz ersatzlos gestrichen wird. In diesem Zusammenhang weist der Oberbürgermeister, Herr Doht, darauf hin, dass er von Hause aus Techniker ist und er deshalb auch einiges relativierter sieht. Er glaubt, dass es erst einmal technisch abgewogen werden sollte und dann die Erfolgchancen im taktischen Vorgehen geprüft werden müssen. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, erklärt, dass es nicht richtig ist, wenn grundsätzlich formuliert wird, den Bau einer Müllverbrennungsanlage zu verhindern. Er möchte dies zwar auch, aber er möchte trotzdem eine Formulierung dahingehend haben, dass nämlich alle Beeinträchtigungen der Stadt Eisenach verhindert werden sollten. Dies hält der Oberbürgermeister, Herr Doht, für eine weiterreichende Formulierung, die aber nicht explizit darauf abhebt, zu sagen, wir wollen die Müllver-

brennungsanlage verhindern. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, verweist hierzu auf das Abwägungsgebot hin und die Stadt Eisenach will ja in dieses Abwägungsverfahren beim Regierungspräsidium in Kassel. In diesem Zusammenhang weist er auf den Bau der Müllverbrennungsanlage in Zella-Mehlis hin, wo die Stadt, obwohl sie auch dagegen gestimmt hat, beteiligt ist. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, will auf alle Fälle vermeiden, dass man sagt, ihr macht das nicht aus Umweltschutzgründen, sondern aus Konkurrenzgründen. Auf diesen Punkt will der Oberbürgermeister, Herr Doht, die Diskussion nicht hinauslaufen lassen. Er möchte, dass die Stadt Eisenach ernst genommen wird und qualifiziert gehört wird und deshalb sollte eine Umformulierung vorgenommen werden. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, stellt folgenden Änderungsantrag zur Formulierung:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle zu Gebote stehenden und insbesondere rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um jegliche Beeinträchtigung der Stadt Eisenach durch das geplante Bauvorhaben zu verhindern.

Der Absatz 3 wird ersatzlos gestrichen.

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, weist darauf hin, dass diese Formulierung weiter greift, sie auch rechtlichen Bestand hat und man auch etwas damit anfangen kann. Den Punkt mit der Hauptwindrichtung betrachtet der Oberbürgermeister, Herr Doht, als inhaltliche Begründung. Des Weiteren macht der Oberbürgermeister, Herr Doht, deutlich, dass die Hauptwindrichtung Westwind ist.

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, erklärt, dass der Bau der Anlage in Heringen nicht direkt Einfluss auf die Stadt Eisenach haben wird. Sie denkt, dass die Verdünnungseffekte bei einer solchen Entfernung so groß sind, dass die ankommenden Stoffmengen aus diesen Abgasen so gering sind, dass es gefährlicher ist, wenn Frau Rexrodt mit dem Motorrad fährt oder alle ein Grillfest am Ende des Wochenendes machen. Persönlich hat das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, auch Bauchschmerzen mit der Müllverbrennungsanlage. Der Standort ist für Frau Wolf ausgesprochen ungünstig gewählt, dass einzig günstige ist die industrielle Nutzung der Wärme. Für Frau Wolf ist es aber ungünstig, dass Heringen betroffen ist, ein Ort, der im Moment schon wahnsinnig unter Umweltbelastungen zu leiden hat. Als Beispiel spricht Frau Wolf die Versalzung der Werra an. In diesem Zusammenhang informiert das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, über ein Gespräch mit Heringer Bürgern, die natürlich Probleme durch die Verklappung der Salzlagern mit dem Grundwasser haben usw.. Nach Meinung des Stadtratsmitgliedes, Frau Wolf, tut sich die Gegend nicht gerade durch eine gesunde Umwelt hervor. Von daher findet es Frau Wolf bedauerlich, dass der Standort so gewählt ist. Des Weiteren hat Frau Wolf Probleme mit der immensen Menge an Hausmüll, die verbrannt werden soll. Sie bringt den Vergleich mit Zella-Mehlis, wo die knappe Hälfte verbrannt werden soll. Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, erklärt, dass sie sich in Heringen die 6 Ordner durchgesehen hat und sie es persönlich sehr schwierig findet, wenn eine Bodenuntersuchung durchgeführt wird, um festzustellen, welche Auswirkungen diese Anlage haben wird und die Bodenvergleichswerte nicht in Heringen geschehen, sondern Bodenwerte von Kassel und Wiesbaden genommen werden. Dies ist für Frau Wolf einfach unwissenschaftlich gearbeitet und sie hofft, dass bei der Genehmigung da noch nachgearbeitet wird. Des Weiteren findet sie eine Antragstellung schwierig in der zum Thema Filtertechnik steht, dass man zur Filtertechnik noch nicht genau sagen kann, was verwendet wird. Hier ist die Fürsorgepflicht für die betroffene Bevölkerung nicht ausreichend genutzt worden. Schwierig findet es Frau Wolf für die Thüringer, dass die

Anlage so groß und effizient sein wird, dass natürlich absehbar sein wird, dass die Preise, die dort zur Müllentsorgung angeboten werden, geringer sein werden als in Thüringen. Dies ist für das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, weniger ein umweltpolitisches Problem, sondern eher ein Problem für das Verbandsgebiet des ZAST, weil klar sein wird, dass der Gewerbeabfall, der nicht gebunden ist und der durch das Land vagabundieren kann, wahrscheinlich nicht in Zella-Mehlis landen wird. Dadurch werden sich die Müllgebühren im Verbandsgebiet erhöhen, weil es deutlich schwieriger ist, zu einer Auslastung der Anlage in Zella-Mehlis zu kommen. Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, fordert nochmals zu schauen, wie sich die Bodenbelastung darstellt und ausdrücklich darzustellen, wie die Filtertechnik aussieht. Des Weiteren sollten Abgasmessungen kontinuierlich erfolgen, dies ist bis jetzt kaum dargestellt. Dies ist ein Erfolg, der auf Grund der großen Bürgerproteste in Zella-Mehlis erreicht wurde und dies sollte auch für Heringen gelten. Die Frage, wie Eisenach betroffen ist, sieht das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, an dieser Stelle etwas anders als Herr Hofmann. Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, sieht den Imageschaden, der für das Werratal entsteht, weil das Werratal als Tourismusregion für Eisenach eine große Chance bedeutet. Aus diesem Grunde sollte sehr sensibel an dieser Stelle umgegangen werden. Zu den Musterwidersprüchen erklärt das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, dass Einsprüche aus der Region kommen können. Auch bei ihr im Büro gibt es diese Musterwidersprüche. Den Antrag hält Frau Wolf im Kern für richtig, kann ihm aber in der jetzigen Form nicht zustimmen.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, hat geglaubt, dass mit der Berichtsvorlage durch den Oberbürgermeister dem Antrag genüge getan ist. Die Fraktion ist grundsätzlich gegen die Müllverbrennungsanlage. In der Berichtsvorlage ist für sie das Machbare festgehalten. Aus diesem Grunde schließt sich die Fraktion den Ausführungen von Frau Wolf an.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, bittet die Zeitschiene zu beachten. Des Weiteren vertritt er die Auffassung, dass eigentlich die stadt-eigenen Themen diskutiert werden sollten. Dem Antrag kann nicht zugestimmt werden.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, vertritt die Auffassung, dass sich der Stadtrat nicht zu schade sein sollte, eine Meinung zu äußern. Die Fraktion hätte nichts dagegen gehabt, wenn in den Ausschüssen diskutiert worden wäre. Die Zeitschiene kommt nicht von uns, erklärt Herr Hofmann, sondern von der Betreiberfirma, die die Sommerferien nutzt, um die Dinge auszulegen. Nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden, Herrn Hofmann, steht der Stadtrat der Stadt Eisenach nicht in Verdacht, die Müllverbrennungsanlage in Zella-Mehlis schützen zu wollen, weil es einen gültigen Stadtratsbeschluss gegen die Müllverbrennungsanlage in Zella-Mehlis gibt. Der Fraktionsvorsitzende, Herr Hofmann, hält den Bürgerprotest für ausgesprochen wichtig und deshalb ist er auch nicht bereit, diesen Punkt zu streichen. Des Weiteren macht Herr Hofmann deutlich, dass er das Engagement des Oberbürgermeisters schätzt. Auch die Fraktion des Eisenacher Aufbruchs ist grundsätzlich gegen Müllverbrennungsanlagen. Des Weiteren ist Herr Hofmann offen für alle Änderungsanträge die einer Mehrheitsfindung dienen.

Abstimmung über den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters mit folgendem Wortlaut: „Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zum Bauvorhaben Müllverbrennungsanlage Heringen alle zu Gebote stehenden und insbesondere rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um alle Beeinträchtigung der Interessen der Stadt Eisenach zu verhindern.“

Der Absatz 2 sollte in die Begründung aufgenommen werden und der Absatz 3 ist ersatzlos zu streichen. “

Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 1 Stimme dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zum Bauvorhaben Müllverbrennungsanlage Heringen alle zu Gebote stehenden und insbesondere rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um alle Beeinträchtigung der Interessen der Stadt Eisenach zu verhindern.

Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0394/2006

Nr. 19 der TO: Bestellung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Aufsichtsrates der Eisenach – Wartburgregion Touristik GmbH

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

- A) **Die Bestellung des/der**
 - 1. Herrn Christian Köckert und**
 - 2. Frau Karin May****zu Vertretern der Stadt Eisenach im Aufsichtsrat der Eisenach – Wartburgregion Touristik GmbH für die Dauer der laufenden kommunalen Wahlperiode.**

- B) **Frau Heinke Leutheuser als Stellvertreterin zu 1. und**
Frau Katja Wolf als Stellvertreterin zu 2.
zu bestellen.

- C) **Das dritte von der Stadt Eisenach zu besetzende Aufsichtsratsmandat sowie**
das dazugehörige Stellvertretermandat wird dem Verkehrsverein Wartburgstadt
Eisenach e.V. zur Benennung zur Verfügung gestellt.

Abstimmung: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0395/2006

Nr. 21 der TO: Anfragen

- Reg.-Nr. 165/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Finanzierung von Kindertagesstätten
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 167/2006 Anfrage der B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Übersicht Leistungsvergaben im Kulturbereich
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 168/2006 Anfrage der EA-Stadtratsfraktion
Thema: Gehweg „Am Siechenberg“
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 169/2006 Anfrage der B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Fördermittel „Tor zur Stadt“
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 170/2006 Anfrage der B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Berichtsvorlage – Erarbeitung einer Liste der für
Solarstromanlagen geeigneten Flächen
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, gibt im Auftrag des Oberbürgermeisters bekannt, dass es in der Sommerpause Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses geben wird.

Ende der öffentlichen Sitzung um 19.35 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

Meyer
Vorsitzender
des Stadtrates